

20.08.2009

Bürgerentscheid am 1. November

*Rat Johannesberg lehnt Zusammenlegung des Entscheids mit Bundestagswahl ab -
»Zu unvorbereitet«*

JOHANNESBERG. Am Sonntag, 1. November, werden die Bürger von Johannesberg nach ihrer Meinung gefragt. Alle Wahlberechtigten der Gemeinde können an diesem Tag abstimmen über die »Aufteilung der Kosten der Verbesserung der Erneuerung der Entwässerungsanlagen«. In einer Sondersitzung am Dienstagabend legte die Mehrheit des Gemeinderats diesen Termin fest.

Damit lehnte der Rat eine Zusammenlegung des Bürgerentscheids mit der Bundestagswahl am 27. September ab. Die Wählergruppe Johannesberg Aktiv (JA), die den Entscheid beantragt und 484 gültige Unterschriften im Rathaus vorgelegt hat (nötig wären 315 gewesen), wollte die Termine zusammenlegen, um Kosten zu sparen. JA-Fraktionssprecher Werner Schnaitmann sagte, die Bürger hätten bis dahin ausreichend Gelegenheit, sich zu informieren - unter anderem auf der JA-Homepage und im Amtsblatt der Gemeinde.

Bürgermeister Peter Zenglein hingegen vertrat die Ansicht, der Ausgang des Bürgerentscheids habe eine so »einschneidende Bedeutung für die nächsten zehn bis 20 Jahre« in Johannesberg, dass die Bürger besonders gründlich informiert werden müssten. Dazu brauche es mehr Zeit als bis zur Bundestagswahl. Viele Johannesberger hätten sich bereits mit der Materie auseinandergesetzt, »sie kommen aber im Endeffekt noch nicht so richtig klar«, meinte Zenglein.

Für Generationen bindend Burkard Wombacher (SPD) sah das ähnlich. »Das Thema betrifft die Bürger über Generationen hinweg.« Um die Gefahr einer »zu spontanen und unvorbereiteten Entscheidung« zu bannen, sei der 1. November seiner Meinung nach sinnvoller.

Michael Müller (Freie Wähler) sagte, beide Termine hätten Vor- und Nachteile. Am Bundestags-Wahltag sei sicher die Beteiligung größer und das Ergebnis des Bürgerentscheids aussagekräftiger. Er fragte Alexander Sauer, den geschäftsleitenden Beamten im Rathaus, ob die Gemeindeverwaltung die erforderlichen Fristen bis zum 27. September einhalten könne. Sauer's Antwort: »Die Verwaltung würde es hinkriegen.«

Bei der Abstimmung über den Termin des Bürgerentscheids stimmte Müller mit den vier anwesenden JA-Räten für den 27. September. Die sechs anwesenden CSU-Räte stimmten mit Wombacher und Alfons Bergmann (Freie Wähler) für den 1. November.

Bis zu diesem Tag sollen die Bürger Gelegenheit bekommen, sich umfassend über Details, Tragweite und Konsequenzen der zwei zur Auswahl stehenden Abrechnungsvarianten zu informieren, kündigte der Bürgermeister an. Bereits in der Sitzung, zu der 16 Zuhörer gekommen waren, lag eine schriftliche Information der Verwaltung vor.

Nach deren Berechnung würde eine Änderung des Abrechnungsmodus von bisher 100 Prozent beitragsgedeckt auf 70 Prozent Beiträge und 30 Prozent Abwassergebühren (wie von der JA gefordert) der Gemeinde 1,3 Millionen Euro mehr Schulden bis 2012 bringen: insgesamt 4,5 Millionen Euro Schulden, das seien 1170 Euro pro Kopf. Sauer prophezeigte: »Johannesberg wird die höchstverschuldete Gemeinde im ganzen Kreis sein.« Zenglein gab erneut die besonders schwierige Situation von Johannesberg zu bedenken, wo fünf Ortsteile in fünf Richtungen entwässert werden müssten.

Unterlagen bis September fertig Bis zur nächsten Sitzung am 16. September wird die Verwaltung den Wortlaut des Informationsschreibens für die Abstimmungsunterlagen des Bürgerentscheids verfassen. Der genaue Text muss vom Gemeinderat verabschiedet werden. Auf ein Ratsbegehren - eine dritte Variante, über die abzustimmen ist - verzichtete der Gemeinderat einstimmig, hauptsächlich aus Gründen der Klarheit. Ebenfalls einstimmig wurde die analoge Anwendung der Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid Gemeinde (BBS) beschlossen. Dem Abstimmungsausschuss wird von jeder Gemeinderatsfraktion eine Person plus Stellvertreter angehören.

 [Artikel drucken](#)

[Hier](#) können Sie im Main-Netz nach weiteren Artikeln suchen.

[Fenster schließen](#)